

ist: Gemeinsam erarbeitete Lösungen schaffen mehr Akzeptanz als einseitig aufoktrojierte Maßnahmen.

Klimabürger*innenräte bieten hier die Möglichkeit mehr partizipativer Demokratie. Sie sollen Wahlen und Formen der politischen Teilhabe nicht ersetzen, sondern garantieren, dass unser oft schwerfällig demokratisches System rasch auf die Klimakrise reagieren kann. In ihnen trifft sich eine per Zufallsprinzip ausgeloste repräsentative Stichprobe der Bevölkerung über einen bestimmten Zeitraum hinweg. Im Zuge dessen werden sie von Expert*innen rund um die vielfältigen Themen des Klimawandels beraten, debattieren Lösungen gegen die Klimakrise und erarbeiten Gesetzestexte mit entsprechenden Forderungen an die Politik. Die Teilnehmenden werden nach Alter, Geschlecht, Einkommen, Ausbildung und Wohnort ausgewählt, sodass der Rat als eine Art „Mini-Österreich“ die Vielfalt unserer Gesellschaft widerspiegelt und es auch sozio-ökonomisch benachteiligten Menschen ermöglicht, am politischen Diskurs teilzunehmen.

Klimabürger*innenräte fanden unter anderem bereits in Frankreich, Großbritannien und Irland statt, und werden neben Österreich nun auch in Spanien, Deutschland und Dänemark organisiert. Der österreichische Klimabürger*innenrat wird auf Initiative des Klimavolksbegehrens umgesetzt und soll alle zwei Jahre stattfinden; ein erster Rat mit 100 Teilnehmenden soll bereits im Herbst einberufen werden.

Eine neue politische Debattenkultur

Die Erfahrungen in anderen Ländern zeigen, dass die einberufenen Klimabürger*innenräte wertvolle Arbeit leisten. Die Teilnehmenden nahmen die ihnen auferlegte Verantwortung sehr ernst und waren dankbar, sich einbringen zu können. Bei ihren Treffen konnten ideologische Grä-

ben überwunden, ein Verständnis für unterschiedliche Bedürfnisse geschaffen und Probleme und ihre Lösungen aus unterschiedlichen Perspektiven nuanciert diskutiert werden. Da ihnen die Chance gegeben wurde, sich mit der Klimakrise auseinanderzusetzen, standen die Teilnehmenden für viel ambitioniertere Maßnahmen ein, als die Politik dies tat. Medial boten Klimabürger*innenräte außerdem die Chance für mehr Klimaberichterstattung und Bewusstseinsbildung in der breiten Bevölkerung. Auch wenn Medien oftmals kritisiert werden der Klimakrise zu wenig Aufmerksamkeit zu schenken, war das öffentliche und mediale Interesse hierbei sehr groß. Einem wichtigen Ziel der Klimabürger*innenräte, einen breiten gesellschaftlichen Diskurs über die Notwendigkeit von Klimaschutz anzustoßen, konnte somit erfolgreich nachgekommen werden.

Auf die Umsetzung kommt es an

Ob ein Klimabürger*innenrat allerdings den erhofften Durchbruch in der Klimapolitik bringen kann, hängt von seiner konkreten Umsetzung ab. Vom Klimabürger*innenrat erarbeitete sozial-gerechte Maßnahmen gegen die Klimakrise werden nicht schlicht und einfach im politischen Kontext umgesetzt. Denn die im Bürger*innenrat erfolgreich überwundenen ideologischen Gräben existieren weiterhin in der Politik, der Gesellschaft und auch in den Medien. So erfolgte zum Beispiel nach dem Klimakonvent – der Name des Klimabürger*innenrats in Frankreich – große Ernüchterung darüber, dass Präsident Emmanuel Macron viele der ausgearbeiteten Maßnahmen nicht umsetzen wollte, da sie ihm zu radikal waren. Als im Mai 2021 in Frankreich das neue Klimaschutzgesetz auf Basis der Empfehlungen des Klimakonvents beschlossen wurde, liefen Lobbying-Gruppen gegen die Maßnahmen Sturm. Diese

wurden als zu überzogen und unrealistisch kritisiert. Über das verabschiedete Gesetz zeigten sich Klimaaktivist*innen, Umweltschutzorganisationen und das Klimakonvent selbst hingegen enttäuscht, da wesentliche Maßnahmen nicht übernommen wurden und das Gesetz stark verwässert sei.

Auch der geplante Klimabürger*innenrat in Österreich soll lediglich eine beratende Funktion innehaben, wo erarbeitete Handlungsvorschläge an das Klimakabinett zu übermitteln sind. Das Klimakabinett ist ein neu eingerichtetes Gremium, dem der Bundeskanzler und die Klimaschutzministerin vorsitzen sollen. Es soll die Koordination mit Ländern und Gemeinden vereinfachen und unter anderem Vorschläge aus dem Bürger*innenrat behandeln. Zahlreiche zivilgesellschaftliche Initiativen, unter anderem das Klimavolksbegehren, setzen sich jedoch für mehr Verbindlichkeit ein: Der Klimabürger*innenrat soll keinesfalls als grüne PR-Aktion oder Greenwashing missbraucht werden. Stattdessen sollte die Arbeit des Bürger*innenrats als Grundlage für politische Entscheidungen genommen werden, zum Beispiel indem das Parlament eins zu eins über die politischen Maßnahmen abstimmt oder eine Volksabstimmung über diese abgehalten wird. Denn schließlich sollte – wenn von den Teilnehmenden konstruktive Arbeit erwartet wird – diese auch ernst genommen werden. Klar ist, dass es viel politischen Druck aus der Zivilgesellschaft benötigen wird, damit dem klimapolitischen Willen der Bürger*innen tatsächlich auch nachgekommen wird. Wir sollten nicht vergessen, dass alle Perspektiven notwendig und gefragt sind, um Österreich in Richtung einer nachhaltigen Zukunft zu entwickeln.

Mag.^a Brigitte Grahl, Bakk.
Gründerin der Plattform für
Klimakommunikation

Psychische Gesundheit von Jugendlichen

SOS-Kinderdorf fordert umfassende Maßnahmen, wie flächendeckende Therapie auf Krankenschein und Förderung digitaler Angebote.

„Die psychische Verfassung von Jugendlichen ist dramatisch. Immer mehr junge Menschen leiden an ernstesten psychischen Erkrankungen. Sie brauchen Hilfe – rasch, professionell und leistbar“, so Christian Moser, Geschäftsführer von SOS-Kinderdorf.

„Gerade bei jungen Menschen ist es wichtig, sofort zu reagieren, wenn sie therapeutische oder psychiatrische Unterstützung benötigen“, weiß Christoph Schneidergruber, Leiter des Ambulatoriums für Kinder- und Jugendpsychiatrie von SOS-Kinderdorf in Kärnten. Derzeit fehlt in Österreich jedoch die nötige Infrastruktur dazu. Die Kinder- und Jugendpsychiatrie hinkt dem vorgesehenen Versorgungsplan weit hinterher. Es gibt zu wenige Fachärzt*innen und damit fehlen gleichzeitig Ausbildungsplätze, um ebendiese Fachärzt*innen aufzubauen. Hier braucht es schnelles und entschlossenes Handeln, damit junge Menschen eine gesunde Zukunft haben. Derzeit wird der Bedarf an psychosozialer Unterstützung für Kinder und Jugendliche fast täglich mit neuen Studien untermauert. Wann, wenn nicht jetzt, wird dieses Thema endlich energisch angegangen?

Therapie auf Krankenschein

Die Österreichische Gesundheitskasse will in den Ausbau von Psychotherapien investieren, das geht allerdings schleppend voran. Unklar ist, inwiefern Jugendliche davon profitieren werden. Bereits vor der Corona-Krise fehlten rund 70 000 kassenfinanzierte Therapieplätze für Kinder und Jugendliche. Die Auswirkungen der Pandemie haben den Versorgungsnotstand weiter verschärft. „Es kann nicht sein, dass Jugendliche bzw. ihre Familien therapeutische Behandlungen, die nicht billig sind, zum überwiegenden Teil selbst finanzieren müssen. Das schließt große Teile der Bevölkerung schlichtweg aus.

Und wir wissen, dass gerade Jugendliche aus wirtschaftlich schlechter gestellten Familien derzeit besonders belastet sind. Sie brauchen Unterstützung und die muss leistbar sein“, fordert Christian Moser.

Die benötigte Hilfe müsse nicht nur leistbar, sondern auch erreichbar sein. Gerade in ländlichen Regionen ist das oft schwierig. Regelmäßige Therapien sind bei langen Anfahrtswegen kaum zu schaffen, noch dazu in ohnehin belasteten Situationen. SOS-Kinderdorf fordert darum innovative und kreative Ansätze wie etwa Krisenbehandlung zuhause oder digitale Therapieangebote. Seit dem ersten Lockdown hat sich in unseren Ambulatorien für Kinder- und Jugendpsychiatrie gezeigt, dass Therapien über Telefon oder Videochat gerade von Jugendlichen sehr gut angenommen werden. SOS-Kinderdorf sieht darin die Chance, einen unterversorgten Gesundheitsbereich rasch zu entlasten, insbesondere am Land. Solche neuen Konzepte können helfen, lange Wartezeiten zu überbrücken und akute, schwere Krankheitssymptome schneller zu identifizieren und umgehend Maßnahmen zu setzen. Jeder Tag, den ein Jugendlicher oder eine Jugendliche alleine unter einer psychischen Krankheit leidet, ohne Hilfe zu bekommen, ist einer zu viel.

Übergangpsychiatrie für Jugendliche

Damit junge Menschen genau die Behandlung bekommen, die sie brauchen, müssen die richtigen Angebote geschaffen werden. Derzeit unterscheidet das österreichische Gesundheitssystem zwischen Kindern bis 18 Jahren und Erwachsenen. In der Realität fühlt sich kaum jemand schlagartig mit dem 18. Geburtstag erwachsen. Der Wechsel von der Kinder- und Jugendpsychiatrie zur Erwachsenenpsychiatrie ist für

SOS Kinderdorf, Österreich
Hilfsorganisation

viele junge Menschen ein schwieriger Schritt. SOS-Kinderdorf schlägt darum vor, 15- bis 25-Jährige am Weg zum Erwachsenwerden mit Übergangpsychiatrie zu begleiten, wie es etwa bereits in Deutschland erfolgreich geschieht.

Auch die Schnittstellen unterschiedlicher Betreuung müssen besser koordiniert werden. Gerade wenn junge Menschen schwer belastet sind, ist es wichtig, dass die Versorgung reibungs- und lückenlos funktioniert. Dazu müssen stationäre und ambulante Psychiatrie, Therapieplätze, mobile und digitale Angebote und auch geeignete Wohnformen eng ineinandergreifen.

Gesundes und selbstbestimmtes Leben

„Damit junge Menschen die Chance auf ein gesundes und selbstbestimmtes Leben haben, müssen dringend entscheidende Schritte gesetzt werden. Seelisches Leid ist nicht so offensichtlich wie ein gebrochener Arm. Wir sind es Jugendlichen schuldig, ihre psychische Belastung aber ebenso ernst zu nehmen und alles dafür zu tun, damit es ihnen rasch besser geht“, so Moser.

„Mir fällt auf, dass sich fast alle Kinder und Jugendliche sehr bemühen, alle Vorschriften, wie Masken tragen und soziale Distanz, einzuhalten. Uns Erwachsene begeistert dies vielleicht, wie brav alle mitmachen, aber uns muss klar sein, dass wichtige Grundbedürfnisse wie der Kontakt zu Freund*innen, Körperlichkeit, Anerkennung, Gefühle, Aggressionen, sexuelle Entwicklung, usw. unterdrückt werden müssen und dies über einen sehr langen Zeitraum hindurch. Dies hat natürlich Folgen und die Verschiebung in die digitale Kommunikation ist kein adäquater Ersatz. Ich glaube, wir Erwachsene sollten jetzt viel Geduld mit jungen Menschen haben.“

Arbeitslosengeld = Armutsgefahr?

Warum weniger finanzielle Unterstützung zu mehr Armut und nicht zu weniger Arbeitslosigkeit führt.

Immer häufiger werden Stimmen laut, die Reformen und eine Neuausrichtung der monetären Unterstützung für arbeitslose Menschen fordern. Die einen engagieren sich – bezugnehmend auf die schwierige Arbeitsmarktintegration, insbesondere von Risikogruppen, sowie die hohe Armutsgefährdung arbeitsloser Personen – für das Volksbegehren zur Erhöhung des Arbeitslosengeldes. Die anderen wiederum sprechen sich für eine Senkung des Arbeitslosengeldes aus, die mit dem Begriff „degressives Arbeitslosengeld“ versehen wird. Letztere argumentieren damit, dass die Nachfrage nach Arbeitskräften im Ansteigen ist und eine zu „großzügige“ staatliche Unterstützung, sich negativ auf die individuelle Arbeitsmotivation auswirkt.

Reform des Arbeitslosengeldes

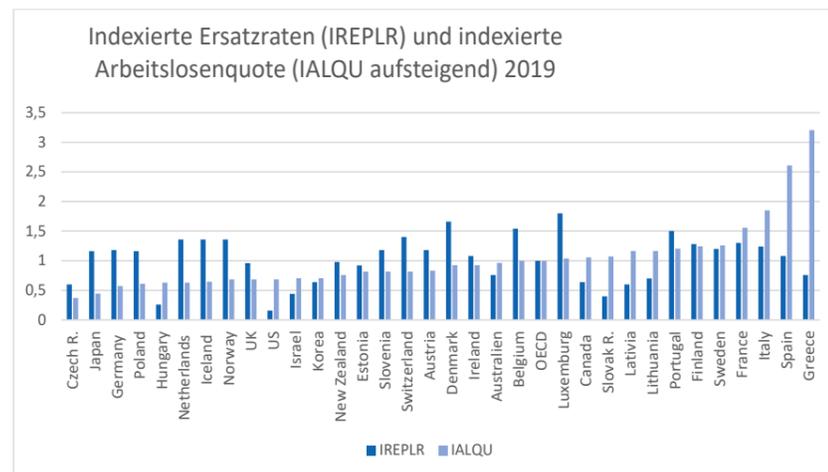
Die Vorschläge zur Reform des Arbeitslosengeldes, die u.a. von der österreichischen Wirtschaftskammer lanciert werden, sehen vor, das Arbeitslosengeld zu befristen und mit zunehmender Dauer zu senken, nämlich von derzeit 55 % auf 40 % Nettoersatzrate. Konkret bedeutet das, dass beispielsweise bei einem vorherigen Erwerbseinkommen von € 1.500 statt bisher € 825 nach ein paar Monaten das Arbeitslosengeld auf € 600 sinken wird. Die dahinterliegende Annahme, dass niedrigere Leistungen mit einer

Reduzierung von Arbeitslosigkeit einhergehen, wird hier nicht strukturell, sondern individuell verortet.

Unterschiedliche Muster

Österreich zählt mit 55 % Nettoersatzrate keineswegs zu den Ländern mit einer besonders großzügigen Unterstützung. In Dänemark oder Belgien beispielsweise, liegen die Nettoersatzraten bei 83 % bzw. bei 77 %. Ein OECD-Vergleich (Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung) belegt, dass die Höhe der staatlichen Unterstützung mit der Höhe der Arbeitslosigkeit nicht in Zusammenhang steht. Hier treten unterschiedliche Muster auf, beispielsweise weisen Länder mit niedrigen Arbeitslosenraten staatliche Unterstützungsleistungen auf, die zwischen 8 % (USA) und 68 % (Island, Niederlande und Norwegen) des vormals Verdientem liegen. Umgekehrt zeigt sich, dass Länder mit einer hohen Arbeitslosigkeit Ersatzleistungen zwischen 30 % (Lettland) und 75 % (Portugal) zur Verfügung stellen.

Indexiert man auf Basis des OECD-Schnitts (= 1) die nationalen Arbeitslosenquoten und Ersatzraten, ergibt sich folgendes Bild:



Quelle: OECD Labour Force Statistics 2010-2019. Paris 2020. Eigene Berechnungen

Wie ersichtlich, besteht *keine* Korrelation zwischen der Höhe des Arbeitslosengeldes und der Arbeitslosenquote.

Dr.ⁱⁿ Christine Stelzer-Orthofer, Institut für Gesellschafts- und Sozialpolitik, JKU

Zu unterschiedlich sind die nationalen ökonomischen Voraussetzungen, die politischen Interventionen und das soziale Sicherungsniveau. In Griechenland beispielsweise, mit einer über dem Dreifachen des OECD-Durchschnitts liegenden Arbeitslosenrate, werden arbeitslose Menschen deutlich unterhalb des OECD-Schnitts unterstützt. Dem gegenüber sind beispielsweise Dänemark und Belgien, trotz vergleichsweise höherer Netto-Transfers, lediglich (unter-)durchschnittlich mit Arbeitslosigkeit konfrontiert. Dennoch hält sich der Mythos der zu hohen österreichischen Geldleistungen, die einer Beschäftigungsaufnahme entgegenstehen, hierzulande hartnäckig. Wie sonst sind die beiden Corona-Einmalzahlungen an Arbeitslose zu interpretieren, die weit hinter den Corona-Hilfspaketen für andere Gruppen zurückliegen?

Existenzbedingungen

Die Einführung eines degressiven und befristeten Arbeitslosengeldes wird daher einerseits – wie die empirische Analyse zeigt – nichts zur Beseitigung der hohen Arbeitslosigkeit beitragen. Andererseits würde die Absenkung der Leistungen für einen Großteil der arbeitslosen Menschen in Österreich zu einer Verschlechterung der Existenzbedingungen und zunehmenden Verarmung, insbesondere bei Langzeitarbeitslosigkeit beitragen, wie die

Berechnungen des WIFO (Österreichisches Institut für Wirtschaftsforschung) zu den Auswirkungen auf die

Betroffenen nahelegen: Etwa ein Drittel der bisher Anspruchsberechtigten bekäme weniger Geld vom AMS, ein weiteres Drittel der bisher Anspruchsberechtigten würde sogar völlig aus dem Bezug fallen. Schon bisher ist fast jede*r Zweite aus der Gruppe der Erwerbslosen armuts- und ausgrenzunggefährdet!

Badelt u.a. (2019): Szenarien der Gestaltung von Existenzsicherungsleistungen der Arbeitslosenversicherung. WIFO, Wien
OECD Labour Force Statistics 2010-2019. Paris 2020

X für ein U

Politisches Spiel mit Fremden, Armen und denen, die es sich nicht richten können.
Fr., 22. Oktober 2021 | 15 bis 20 Uhr
Kath. Privatuniversität Linz, Bethlehemstraße 20

Gefördert von



Seit dem Jahr 2015 verschärfen sich die Lebensbedingungen bestimmter Bevölkerungsgruppen. Der Zugang zu Sozialleistungen und Wohnraum für Geflüchtete wurde sukzessive erschwert; bei Asylverfahren wird offensichtlich gegen die Spielregeln der Republik verstoßen.

Wir zeigen verschiedene Perspektiven:

- ⇒ Analyse des politischen Spiels
- ⇒ Werkzeuge, Methoden und Strategien dieses Spiels
- ⇒ Auswirkungen für die „Ausgespielten“

Kooperationsveranstaltung mit der Abteilung Gesellschaft & Theologie der Diözese Linz

Anmeldung erbeten:

kbw@dioezese-linz.at
☎ (0732) 7610 – 3211

Referent*innen:

Martin Schenk
Diakonie Österreich

Gabriele Stelzer-Orthofer
Johannes-Kepler-Universität

Marion Wisinger
Projekt Zeitweise

Gegen den Strom

Die Zeitzeugin Anna Hackl reist seit rund 30 Jahren durch Österreich, um Menschen ihre Geschichte zu erzählen. Im Juni besuchte sie Linz.

Katrin Pointner, B.A.,
Sozialreferat der Diözese Linz

„Die SS kam mit Hunden und umstellte das Haus auf der Suche nach den geflüchteten Soldaten – sie suchten auch den Heuboden ab. Doch sie fanden niemanden.“

Mühlviertler Menschenjagd

Die Schilderungen der Zeitzeugin Anna Hackl sind spannend, bewegend und regen bis heute zum Nachdenken an. Gemeinsam mit ihrer Mutter und ihren Geschwistern versteckte sie zwei russische Soldaten inmitten der Mühlviertler Menschenjagd im zweiten Weltkrieg. 25 Teilnehmer*innen sind am 16. Juni 2021 der Einladung zu diesem Vortrag gefolgt und begleiteten Anna Hackl auf einer Zeitreise in eine sehr dunkle Episode österreichischer Geschichte. Eindringlich schildert Frau Hackl die ersten Begegnungen mit den russischen Soldaten Michel und Nikolai und die darauffolgenden

aufreibenden drei Monate, in denen die Familie ständig auf der Hut sein musste, damit die zwei Soldaten nicht entdeckt wurden. Als Michel zuerst an der Tür der Familie Hackl klopfte, war er sehr nervös und unsicher, denn in der ganzen Gegend wurden Menschen wie er, die auf der Flucht waren, brutal ermordet.

Zivilbevölkerung

Heute noch zeigt sich Anna Hackl schockiert über das Verhalten des Großteils der Zivilbevölkerung, die bei der grausamen Menschenjagd mitgemacht haben. Doch Anna Hackls Mutter bat den jungen Mann herein und sagte ihm: „Du hast auch eine Mutter zuhause. Du kannst hier bleiben.“ Sie gab ihm zu essen und er wurde am Heuboden versteckt, gemeinsam mit einem weiteren Soldaten. Ihre religiöse Überzeugung spielte dabei eine große Rolle, betonte

die Zeitzeugin. Die Mutter war tiefreligiös und betonte, dass sie jedem Menschen helfen würde, der zu ihr käme.

Lebenslange Freundschaft

„Wir hatten so viel Glück!“, resümiert Frau Hackl im Hinblick darauf, dass Michel und Nikolai von der SS nicht gefunden wurden. Aus der lebensgefährlichen Rettungsaktion entwickelte sich eine lebenslange Freundschaft zwischen den russischen Soldaten und Familie Hackl. Bis zu ihrem Lebensende fanden gegenseitige Besuche in den jeweiligen Herkunftsländern statt. Anna Hackl führte die enge Verbindung auch auf die Not und die Angst zurück, die sie zusammenschweißte hat. „Wir sind wie Geschwister.“ „Wachsam bleiben,“ sind Frau Hackls abschließende Worte nach ihrem berührenden Vortrag, „damit so etwas nie wieder passiert.“

resse - interesse - interesse - interesse - interesse
sse - interesse - interesse - interesse - in
se - interesse - inter
Pax

TERMINE

So ist Versöhnung

Politisches Gebet für Frieden –
Gerechtigkeit – Bewahrung der
Schöpfung

Do., 16. Sept. 2021, 18 bis 18.45 Uhr
Martin Luther-Kirche,
Johann-Konrad-Vogel-Straße 2a,
4020 Linz

Monatstreff Pax Christi OÖ Friedensarbeit in der Kirche

Di., 28. Sept. 2021, 18.30 bis 20 Uhr
Referent:

*Bischof em. Dr. h.c. Maximilian
Aichern OSB*

Urbi@Orbi, Bethlehemstraße 1a,
4020 Linz

Information und Anmeldung:

www.dioezese-linz.at/urbiorbi

☎ (0676) 8776 6000

Vollversammlung Pax Christi OÖ mit Studienteil zum Thema: Klimabündnisparolen

Fr., 15. Okt. 2021, 18.30 Uhr
Pfarre Enns St. Laurenz,
Lauriacum-Straße 4, 4470 Enns

Anmeldung:

pax.christi@dioezese-linz.at

☎ (0732) 7610 – 3251

Sexkauf fördert Frauenhandel. Liegt im Nordischen Modell ein Lösungsansatz?

Mo., 18. Okt. 2021, 19 bis 21 Uhr
Hotel Kolping,

Gesellenhausstraße 5-7, 4020 Linz

Information und Anmeldung:

Maria Schlackl SDS

linz@soliwodi.at

X für ein U

Das politische Spiel mit Fremden, Armen und denen, die es sich nicht richten können

Fr., 22. Oktober 2021, 15 bis 21 Uhr.

Nähere Informationen siehe Seite 5.

Wos waß i über Demokratie?

Wir spielen Pubquiz! Pubquiz ist ein Ratespiel, welches vor allem in Irishpubs gespielt wird. Das Gemma Demokratie Quiz ist ein Angebot im Rahmen des Themenschwerpunktes Gemma Demokratie des EB Forum OÖ 2020-2022. In diesem Quiz treten Einzelpersonen und/oder Teams gegeneinander an und messen sich im Fragewettbewerb. Wer mehr über Demokratie weiß, gewinnt. Die Teilnahme am Quiz ist aber auch für die Verlierer*innen ein Gewinn. Lassen Sie sich überraschen!

Referentinnen:

*Mag.^a Lucia Göbesberger & Katrin Pointner, B.A.
Sozialreferat der Diözese Linz*

Termine:

- ⇒ Mi., 15. Sept. 2021, 19 bis 21 Uhr
Kepler Salon, Rathausgasse 5, 4020 Linz
- ⇒ Mi., 22. Sept. 2021, 19 bis 21 Uhr
Kulturverein Röda, Gaswerkstraße 2, 4400 Steyr

Information und Anmeldung:

KBW-Treffpunkt Bildung, Kapuzinerstraße 84, 4020 Linz,
kbw@dioezese-linz.at, ☎ (0732) 7610 – 3211,

gefördert von:



Kooperationsveranstaltung mit dem Sozialreferat der Diözese Linz

Solidarische Ökonomie

Sie wollen eine solidar-ökonomische Initiative oder einen Betrieb aufbauen?
Es ist Ihnen ein Anliegen, (schöpfungs-)gerecht und demokratisch zu wirtschaften?

Zwei neue Publikationen unterstützen Sie dabei, selbstorganisierte Bildungsprojekte zu initiieren und durchzuführen.

Die Themen: Anfahren, Community building, Kooperativen und Ernährungssouveränität.

Entstanden im Rahmen des Erasmus+ – Projekts BUSSE 2018-2021 mit der ksoe als Projektpartnerin.

Kostenfrei unter: https://www.ksoe.at/publikation_busse



Impressum: Inhaberin Diözese Linz (Alleininhaberin)
Herausgeberin und Verlegerin: Mag.^a Lucia Göbesberger, Sozialreferat,
Pastoralamt der Diözese Linz, Kapuzinerstraße 84, 4020 Linz, ☎ (0732) 76 10 – 32 51
E-Mail: sozialreferat@dioezese-linz.at, www.dioezese-linz.at/soziales
Hersteller: Druckerei Haider Manuel e.U., 4274 Schönau i.M., Niederndorf 15
Verlagsort Linz, Verlagspostamt 4020 Linz/Donau, Erscheinungsort Linz
Österreichische Post AG - MZ02Z031665M – Pastoralamt der Diözese Linz, Kapuzinerstraße 84, 4020 Linz
Die Inhalte müssen nicht mit der Meinung der Redaktion übereinstimmen.


Katholische Kirche
in Oberösterreich